



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Berlin.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bequemern Einschiffungspunkte marschirt, indem es anfangs ihre Bestimmung war, nebst achttausend Mann Infanterie nach Varna transportirt zu werden. Das letzte Lager liegt in der Nähe des Dorfes Kadiköj. Man rechnet, daß zwischen dieser Ortschaft und Skutari über 15,000 Mann vereinigt sind. Weitere 8000 Mann Engländer sollen in Gallipoli stehen und neuerdings hat man die Vermuthung aufgestellt: diese letztern seien für Varna bestimmt, wogegen die bei Skutari lagernde Masse zum Schutz Konstantinopels zurückbleiben werde.

Die Sonne war über Mittag hinaus, als ich nach einer kurzen Rast in einem der Kaffeehäuser des erwähnten Dorfes mich in einem schlanken schnellen Kait zur Rückfahrt einschiffte. In Pera herrschte große Erregung. Man wollte wissen: Preußen sei definitiv auf Seite Rußlands getreten. Mit größter Spannung sieht jedermann der nächsten Balkanpost entgegen.

Aus Berlin.

Den 5. Juni.

Wenn man die dem Bundestage vorgelegte Erklärung Oestreichs und Preußens mit dem zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Vertrage vergleicht, so sollte man meinen, daß die Ansichten der leitenden Kreise seit dem 20. April, wenn nicht einen vollständigen Umschwung erlitten, so doch in erstaunlicher Weise an Klarheit und Festigkeit gewonnen hätten. Aber soweit die preussische Regierung dabei betheiligt ist, merkt man hier an Ort und Stelle davon nichts; es ist alles beim Alten geblieben, und der Contrast zwischen den beiden Actenstücken muß auf gewöhnlichem Wege erklärt werden. Die Neutralitätspolitiker schauen nach Osten und Westen; in allen wirklich bedeutungsvollen Fragen wissen sie eine Entscheidung herbeizuführen, die ihren wirklichen Sympathien entspricht und ihren Wünschen den besten Erfolg sichert; während sie bei untergeordneten Gegenständen auch dem Scheine des Gegentheils einen Platz gönnen. Die Mittheilung an den Bundestag hat nicht das Verpflichtende des Vertrags, und man scheint es nicht der Mühe für werth gehalten zu haben, sie durch zahllose Correcturen, Abschwächungen und Einschubsel zu verunstalten; so ist uns ein Actenstück fast ganz aus einem Guß erhalten worden; nur das drittletzte Alinea trägt einen fremdartigen Stempel und ist etwas ungeschickt in den strenglogischen Gang der Darstellung eingefügt, wie es auch hinsichtlich des Ausdrucks mit einigen Nebelflecken behaftet ist. Aber im ganzen ist die Auseinandersetzung sachlich, klar, in sich zusammenhängend und in

einer Richtung sich fortbewegend; sie besitzt demnach Eigenschaften, durch welche ihre Bedeutung weit über die eines zweifelhaften Vertrags emporgehoben wird.

Da in der Mittheilung an den Bundestag Anschauungen ausgesprochen werden, welche reich an den weitgreifendsten Consequenzen sind, so erlauben Sie mir, auf diejenigen Punkte näher hinzuweisen, die mir als besonders wichtig aufgefallen sind.

Zunächst ist es von Bedeutung, daß sich hier keine Spur von der Neutralitätspolitik zeigt, die in den Motiven des Vertrags trotz ihrer Incohärenz mit positiven Bestimmungen desselben noch ziemlich ungeschlacht hervorbrach. Da die Mittheilung die schwebende Frage vom deutschen, d. h. nicht vom russischen Standpunkte beleuchtet und aus den durch die russischen Uebergriffe bedrohten Interessen Deutschlands die Pflichten der deutschen Regierungen herleitet, beruht sie auf einer Anschauung, welche einer principiellen Nichtbetheiligung Deutschlands an der orientalischen Frage gradezu entgegengesetzt ist. Die Aufgabe Oestreichs und Preußens „ist in diesem Augenblicke noch die der Vorbereitung für alle Eventualitäten, und die beiden erhabenen Monarchen werden gewiß sich glücklich schätzen, wenn die kommenden Ereignisse die Nothwendigkeit eines activen Einschreitens nicht mit sich bringen werden“. Damit ist der Neutralitätspolitik, die Oestreich im November v. J. vor dem Bundestage als die seinige proclamirte und die von Preußen im März d. J. durch die Mission des Obristleutnant v. Manteuffel wieder empfohlen wurde, ein formeller und unzweideutiger Absagebrief geschrieben.

Dieser Standpunkt erscheint in der Mittheilung als das unvermeidliche Ergebnis einer genauen Prüfung der deutschen Interessen, welche durch die Ereignisse im Orient berührt sind. Sobald man von Tendenzen abstrahirte und die Interessen ins Auge faßte, betrat man den Boden der Realpolitik und gelangte hier nicht nur zu der Ueberzeugung von der Verwerflichkeit einer Neutralitätspolitik, sondern noch zu zwei andern höchst bedeutungsvollen Resultaten.

Man fand, daß der gegenwärtige Zustand Gefahren in sich birgt, die „im Kreise der Macht“ der deutschen Großmächte erwachsen sind. Diese Erinnerung ist uns so fremd geworden, daß sie uns fast einem Märchen aus längst entschwundener Heldenzeit entlehnt zu sein scheint; wir haben uns der schweren Beeinträchtigung deutschen Rechtes, der verletzenden Einmischung in unsre eigensten Angelegenheiten so wenig erwehren können, daß wir nur nach Selbstständigkeit verlangt haben, ohne der Macht zu gedenken; die Vorstellung, daß von einer Großmacht nur dann gesprochen werden könne, wenn sie außerhalb der Landesgrenzen eine Machtphäre zur Geltendmachung ihres Einflusses besitze, war fast außer Cours gekommen. Wenn nun in einer Regierungs-

erklärung die Länder an der untern Donau als zum Machtkreise Deutschlands gehörig bezeichnet werden, so zeugt diese Auffassung von der Auferstehung der lange begrabenen nationalen Politik und ist als ein vielversprechender Ausgangspunkt der höchsten Beachtung würdig. Sie ist, wenn sie in ihrer vollen Bedeutung erfaßt wird, geeignet, in den Ansichten über die Ereignisse im Orient einen vollständigen Umschwung hervorzurufen; bilden die Länder an der untern Donau, weil sie die Mündungen des größten deutschen Stromes beherrschen, das von der Natur uns zugewiesene Machtgebiet, dann ist ihre Besetzung durch russische Truppen ein Act, der viel directer gegen uns, als gegen die Westmächte gerichtet ist; dann zwingt uns das Gebot der Ehre, zur Sicherung unsres natürlichen Machtgebiets in die erste Linie der Action zu treten, und mit dem ganzen Nachdruck zu handeln, den eine Frage der Macht verlangt.

Die genauere Prüfung der deutschen Interessen hat ferner zu dem nicht minder erheblichen Resultat geführt, daß nun, da die Ereignisse im Orient einmal eine definitive Regelung der dortigen Verhältnisse nothwendig gemacht haben, die schwebende Frage zu einer bessern Sicherstellung der deutschen Interessen benutzt werden müsse, d. h. daß eine einfache Herstellung des Zustandes vor der russischen Invasion nicht mehr als genügend betrachtet werden könne. Diese Ueberzeugung bricht an verschiedenen Stellen des interessanten Actenstückes hervor. Die Regierungen erkennen an, daß die Gefahren, die im Kreise ihrer Macht erwachsen sind, einer „nachhaltigen“ Abhilfe bedürfen; sie bezeichnen es „als eine Forderung der politischen Stellung Deutschlands, als ein Element seiner erhaltenden Politik und als eine Bedingung der natürlichen Entfaltung seines Nationalreichtums, daß in den Ländern an der untern Donau geordnete und den Interessen des mittlern Europa entsprechende Zustände bestehen“; sie verhehlen es sich nicht, daß die materiellen Interessen Deutschlands in der Richtung der großen Wasserstraße nach dem Osten „des mächtigsten Aufschwungs fähig“ sind, und stellen es als „ein allgemein deutsches Anliegen“ hin, „die Freiheit des Donauhandels möglichst gesichert und die naturgemäße Belebung der Verkehrswege nach dem Orient nicht durch Beschränkungen zurückgedrängt zu sehen“. Alle diese Bemerkungen enthalten leichtverständliche Anspielungen auf die notorische Unzulänglichkeit des status quo ante, auf die dem deutschen Interesse wenig entsprechenden Zustände der Donaufürstenthümer unter russischem Protectorat, auf die Hemmnisse, mit denen der Donauhandel zu kämpfen hatte, seitdem die Mündungen des Stromes im Besitz Rußlands waren. Wir sehen hier bereits einzelne Punkte angedeutet, in Betreff deren die deutschen Großmächte eine Verbesserung des status quo ante zu Gunsten der deutschen Interessen als nothwendig anerkennen, und hierin liegt ein neuer Fortschritt in der Auffassung des schwebenden Conflicts. Sobald man sich davon überzeugte, daß deutsche

Interessen bei ihm im Spiele waren; sobald man sich aus der Indolenz zu dem Bestreben aufrastete, für die Förderung deutscher Interessen zu wirken, mußte sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die einfache Herstellung des status quo ante nicht das Ziel einer nationalen, deutschen Politik sein könne.

Durch diese Hinweisung auf Abänderungen des bisherigen Zustandes, die bei der Ordnung der orientalischen Angelegenheiten erstrebt werden sollen, gewinnt auch der wichtigste Satz des letzten Wiener Protokolls eine authentische Interpretation. Die vier vereinigten Regierungen erkennen an, daß sowol der englisch-französische, wie der österreichisch-preussische Vertrag die Tendenz haben, die Aufrechterhaltung der in den früheren Protokollen niedergelegten Grundsätze sicherzustellen. Bereits das Protokoll vom 9. April schien, wie ich seiner Zeit bemerklich machte, eine Andeutung zu enthalten, daß die vier Verbündeten von einer einfachen Wiederherstellung des status quo ante abzusehen gesonnen wären; wenn sie sich verpflichteten, „gemeinschaftlich die Garantien aufzusuchen, welche am geeignetsten sind, die Existenz des ottomanischen Reiches mit dem allgemeinen Gleichgewicht Europas zu vereinigen“, so mußte daraus gefolgert werden, daß sie die Begründung eines neuen und bessern Zustandes im Auge hatten. Diese Interpretation war die richtige. Der englisch-französische Vertrag sprach dieselbe Tendenz bestimmter aus: der Friede sollte auf „festen und dauerhaften Grundlagen bewirkt“, Europa „gegen die Wiederkehr“ so beklagenswerther Verwicklungen gesichert werden. Wenn nun Oestreich und Preußen „nach reiflicher Prüfung“ erklären, daß die Tendenz des englisch-französischen Vertrags den Principien der frühern Protokolle und namentlich des Protokolls vom 9. April entspricht, so folgt daraus, daß der aus dem letztern oben hervorgehobene Satz wirklich auf eine beabsichtigte Aenderung des status quo ante bezogen werden muß, und daß auch die deutschen Staaten eine solche Aenderung für wünschenswerth halten. Die Mittheilung an den Bundestag gibt dieser Auffassung einen neuen Anhalt, da sie jene Tendenz vom deutschen Standpunkt specialisirt. Während nämlich die Westmächte lediglich im allgemeinen europäischen Interesse auf eine Umgestaltung der Dinge hindeuten, hebt die Mittheilung die Zielpunkte hervor, die vom speciell deutschen Standpunkt zu verfolgen sind: Befreiung des Donauhandels von seinen Beschränkungen, und die Herstellung von Zuständen, wie sie den Interessen Mitteleuropas entsprechen, in den Donaufürstenthümern, in Landschaften, die im Kreise deutscher Macht liegen, deutscher Intelligenz und Arbeitskraft ein weites und fruchtbares Feld des Wettstreits mit andern Nationen darbieten. So zieht sich durch die vier erwähnten Actenstücke derselbe Gedanke, stets an Klarheit gewinnend und durch Specialisirung immer bestimmter aus dem Gebiete der Phraseologie heraustretend. Die Mittheilung an den Bundestag nimmt also durch schärfere Charakteristik der Streitfrage und

durch bestimmtere Hinweisung auf das zu erreichende Ziel unter den von den deutschen Regierungen ausgegangenen und auf die orientalische Frage bezüglichen Actenstücken eine sehr hervorragende Stelle ein. Die Politik, welche unter dem Motto: was gehen uns die Türken an? bei den Ereignissen im Orient nur eine sehr entfernte Beziehung auf Deutschland zu erblicken vermochte und demgemäß die Neutralität Deutschlands für einen Act der Weisheit hielt, scheint hier fast in ihr Gegentheil umgewandelt. Oestreich und Preußen erkennen nicht blos an, daß der Streit zwischen Rußland und der Pforte „die allgemeinen Interessen Europas und also auch die der eignen Staaten berührt“; sondern sie räumen ein, daß er innerhalb der Machtsphäre Deutschlands Gefahren herbeigeführt hat, welche die speciellen Interessen Deutschlands bedrohen, daß die Uebergrieffe Rußlands eine directe Verletzung Deutschlands in politischer, moralischer und materieller Hinsicht involviren.

Das ist ein bedeutungsvolles Zugeständniß, aus dessen klarer Formulirung sich Folgerungen ergeben, die weit über die Stipulationen des östreichisch-preussischen Vertrags hinausgehen. Ist es nach solchen Prämissen gerechtfertigt zu warten, bis die Russen die Donaufürstenthümer incorporiren oder den Balkan angreifen? kann es als genügend betrachtet werden, daß einer der contrahirenden Theile, wenn Rußland die Fürstenthümer nicht räumt, „Maßregeln trifft“ und der andere ihn deckt? ist es nicht vielmehr ein Gebot der Ehre und der Selbstvertheidigung, daß beide Staaten den Feind, der gewaltsam in „den Kreis ihrer Macht“ eingedrungen ist, mit vereinter Kraft vertreiben? Wenn die Auffassung, die in der Mittheilung niedergelegt ist, auch nicht in positiven Verpflichtungen Gestalt gewonnen hat, so liegt in ihr doch eine Macht der Wahrheit, vor der die Unzulänglichkeit zaghafter Vertragsclauseln sich früher oder später beugen wird, und es ist ein Fortschritt, daß wir den deutschen Regierungen diesen Spiegel ihrer eignen Erklärung vorhalten können.

Briefe Jfflands an den Freiherrn v. Dalberg.

Als im Jahre 1778 der Kurfürst Karl Theodor von Mannheim seine Residenz nach München verlegte, und die bisher blühende Stadt aller Hilfsmittel ihres Glanzes und Wohlstandes beraubt war, schlug der Freiherr Wolfgang Heribert von Dalberg, damals Vicepräsident der Kammer, dem Minister von Compeesch vor, man solle, um Mannheim zu heben, entweder die Universität von Heidelberg dahin übersiedeln, oder eine angemessene Summe bewilligen, um durch öffentliche Vergnügungen den Adel in die Stadt zu ziehen, wofür ein Theater das geeignetste sein würde, bei dessen Leitung dann auch die früheren nicht zur Ausführung gekommenen Pläne zur Hebung der dramatischen Kunst in Deutschland realisirt werden könnten. Diesem Vorschlag wurde entsprochen und Dalberg die Leitung des Theaters übertragen. Mit welchem wahren Interesse für die Kunst und die ihm untergebenen Künstler er sich dieser Aufgabe unterzog, und welche Bedeutung die Mannheimer Bühne gewann, ist